

Aussenpolitische Illusionen der Schweiz

Veröffentlicht am 2. Januar 1994

Publiziert am 21. Januar 1994, Schweizerzeit, „Die aussenpolitische Illusionen des Bundesrates“

Die Zukunft der Schweiz darf nicht nur als Mitglied eines grossen europäischen Blocks gesehen werden, sondern vielmehr als ein weltweit offener, unabhängiger, neutraler und humanitär aktiver Staat. Dies umso mehr als die Konflikte zwischen den grossen politischen und wirtschaftlichen Blöcken und anderen Machtzusammenballungen in unserer immer rascher unruhig werdenden Welt vorprogrammiert sind.

Im letzten **Aussenpolitischen Bericht des Bundesrats** wird die Meinung vertreten, langfristig sei die Zukunft der Schweiz nur innerhalb eines Blocks, der Europäischen Union (bisher EG), denkbar. Also nicht mehr, wie bisher, als unabhängige Friedensinsel und neutraler Vermittler zwischen den Blockbildungen einer zerstrittenen und konfusen Welt. Damit werden unsere bewaffnete Neutralität, Unabhängigkeit und Föderalismus in Frage gestellt. Der Bundesrat scheint von Thesen auszugehen, die kaum den wirklichen Verhältnisse entsprechen.

These 1: Angeblich unnötige Neutralität

Gemäss dem Bundesrat hat der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums den **kalten Krieg** beendet. Damit sei auch unsere bewaffnete **Neutralität unnötig** geworden. Diese wäre neu zu formulieren, und zwar so, dass sie nicht mehr einer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft von Maastricht im Wege stehe.

In **Antwort** darauf wären folgende Tatsachen und Überlegungen zu berücksichtigen:

Erstens: Die zum ersten Mal in der Geschichte Russlands im letzten Dezember durchgeführten „freien“ Parlamentswahlen haben gezeigt, dass ein starkes und grosses Volk, auch wenn es wirtschaftlich am Boden zu liegen scheint, seine Macht und **Hegemoniestrebungen** niemals aufgibt. Besonders die Russen mit ihrem weit in ihre Geschichte zurückgehenden nationalen Stolz.

Der extreme, fast zaristisch und auf jeden Fall militaristisch geprägte Ruck nach rechts, die seither lautstark von einem der Wahlsieger, Wladimir Schirinowski, verkündeten neoimperialistischen Aspirationen, das Aufmucken der alten konservativen kommunistischen Kräfte und die autoritären Gegenmassnahmen des russischen Präsidenten Jelzin sollten uns alle aus unserer Friedens-Euphorie wachrütteln. Interne Wirren und **Machtkämpfe** werden für zusätzlichen Konfliktstoff in Osteuropa und damit in ganz Europa sorgen.

Dazu die bereits **bestehenden Konfliktherde**, der rasch um sich greifende islamische Terror, der Zusammenprall der grossen Wirtschaftszentren der Welt und die Hilflosigkeit der USA, der UNO und anderer Organisationen Ruhe und Ordnung sicherzustellen. All das sollte die Sorge um unseren eigenen Schutz und die bewaffnete Wahrung von Neutralität und Unabhängigkeit wieder in den Vordergrund rücken!

Zweitens: Viele Schweizer gehen von der Illusion aus, dass ein geeintes **Europa** oder eine starke **Nato** für den **Schutz** von uns **Kleinen in Europa** sorgen wird.

Jugoslawien sollte uns da eines besseren belehren! Ist es nicht gerade die EG bzw. die EU, die seit Jahren tatenlos dem Hinmorden einer hilflosen Zivilbevölkerung zuschauen? Schon das allein sollte genügen, die Mitgliedschaft in einer derart ängstlichen und politisch handlungsunwilligen Staatengemeinschaft, einschliesslich der heute so hochgespielten Organisation für die Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa OSZE, ernsthaft in Frage zu stellen.

Abgesehen davon haben die Grossen in der Welt, vor allem in Europa, mit ihren **internen Wirren** und extremen politischen Gruppierungen genug zu tun. Was in Russland passiert, kann ohne weiteres, gewissermassen über Nacht, auch in Deutschland, Italien, sogar in Frankreich und allen anderen europäischen Staaten eintreffen. **Extreme autoritäre Kräfte, rechts oder links**, könnten das Ruder an sich reißen, selber Hegemonie und Machtbestrebungen manifestieren und dazu auch das zentralistisch-supranationale Gebilde in Brüssel missbrauchen.

Drittens: Zudem wird von der EU und den Grossen in der Welt ein wirtschaftlicher Neokolonialismus betrieben, der bereits zu äusserst gefährlichen Konfliktsituationen geführt hat. Insbesondere die Gegensätze Europas zu den USA, Japan, China und den anderen „Drachen“ Südostasiens, aber auch die Gegensätze innerhalb der EU, könnten sich rascher, als wir glauben, zu politischen und militärischen Auseinandersetzungen auswachsen. Ein Vorgeschmack dazu lieferte uns das Gatt, waren es doch die Gegensätze der Grossen, die den Abschluss der Uruguay - Runde um 7 Jahre verzögert haben.

These 2 : Bundesrat glaubt an globale Lösungen für weltweite Konflikte

Gemäss dem Bundesrat soll die Welt konfliktreicher, gefährlicher und unerbittlicher geworden sein. Auch noch so kleine Probleme erreichen rasch eine weltweite Bedeutung und wirken sich wegen der modernen Kommunikationstechnik fast gleichzeitig in noch so entfernt voneinander liegenden Ländern aus. Dieser Globalisierung könne man - so wurde uns am Fernsehen von unserem Aussenminister erklärt - nur mit einer **Globalisierung der Lösungen** beikommen. Allein seien wir Schweizer dazu zu schwach. Wenn wir, langfristig gesehen, überleben wollen, müssten wir gemäss Flavio Cotti, Chef des EDA, bereit sein, uns einem grossen europäischen Block, eben der EU, anzuschliessen.

Antwort: So paradox dies klingen mag, aber globalisierte Lösungen können niemals das geeignete Mittel zur Lösung der sich auf die ganze Welt ausdehnenden Probleme sein, weil sie zwangsläufig wegen ihrer Globalisierung zu einem noch härteren Kampf zwischen Menschen, Völker und Staaten führen:

Erstens: Bereits **Thomas R. Malthus** warnte in seiner 1798 veröffentlichten Abhandlung über die Bevölkerungsfrage „der Druck der Bevölkerungen auf die Nahrungsmittel könne nur in einem unerbittlichen Daseinskampf enden“. **Darwin** erklärte damit seine Selektionstheorie, wonach nur die Starken und Grossen zu überleben vermögen. Als Folge der heute explosionsartig zunehmenden demographischen Entwicklung der Weltbevölkerung wird dieser Kampf in einem unheimlichen Ausmass angeheizt - wird letztlich zum **Kampf von jedem gegen jeden**.

Es wäre somit eine Illusion zu glauben, es würde genügen, als kleines Land gewissermassen Zuflucht in einem grossen Block von Staaten zu suchen. Zunächst würden in diesem Block die Grossen zuerst für sich sorgen, zweitens die vorhandenen Mittel unter sich aufteilen oder darum streiten (siehe die Auseinandersetzungen im Gatt) und schliesslich die Kleinen nur zum Zug kommen lassen, wenn es zu ihren Plänen bzw. ihrer Grossmachtpolitik passt.

Auf jeden Fall würden die Kleinen als Mitglied eines Blocks in die inneren und äusseren Konflikte, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme der Grossen hineingezogen werden. Ihre Stimme, auch zusammen mit derjenigen der anderen Kleinen, wäre in diesem Zusammenhang ohnehin nicht entscheidend! Viel weniger als die Stimme der Kleinen ausserhalb eines Blocks. Die letzten Gatt-Verhandlungen, sowie alle Entscheidungen der meisten internationalen Gremien, zeigen dies nur allzudeutlich.

Zweitens: Die **Grossen** sind gemäss dem immer noch gültigen Satz von Montesquieu « c'est le pouvoir qui l'exige » schon allein von ihrer Grösse und Bedeutung her für **Hegemonie- und Machtkämpfe** besonders anfällig. Vielleicht hat in dieser Beziehung unser neuer Bundespräsident, Otto Stich, Recht, wenn er auf die Frage nach dem Beitritt der Schweiz zur EU antwortete, es gehe jetzt darum, zunächst in unserem eigenen Haus Ordnung zu schaffen.

Die Erfahrung zeigt jedenfalls, dass die Zusammenarbeit voneinander unabhängiger und gleichberechtigter Staaten mehr bringt als die hierarchische Einordnung in grosse Blöcke. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ist aber nur möglich zwischen in sich selber stabilisierten, geordneten und lebensfähigen Staaten.

Diese Zusammenarbeit ist sicher langsamer und schwieriger, hat aber den Vorteil von mehr Ideenreichtum, den Realitäten individuell angepasster, besser ausgeglichener, somit auch gerechterer Lösungen, die nicht, wie in einem Block, von den wenigen Grossen oder einer supranationalen Verwaltung diktiert werden. Nur mit einer echten, nicht nur diplomatisch (siehe Jugoslawien) gespielten Solidarität und Zusammenarbeit **wird der Raubbau und Verschleiss aller für eine Existenz** auf unserem Planeten notwendigen **elementarsten Mittel**, wie eine gesunde Umwelt, genügend sauberes Wasser und Luft, Bodenschätze, Energie, nutzbarer Boden und einigermaßen ernährte und gesunde Menschen, um nur einige Beispiele zu nennen, bekämpft werden können. Vor allem werden Menschen, Völker und Staaten wieder in die Lage versetzt werden müssen, sich selber helfen zu können und das auch zu wollen.

Drittens. Der Bundesrat ist überzeugt, dass unser Land gewissermassen als Lehrmeister für den Föderalismus nach Schweizer Muster eine wesentliche Rolle für Europa spielen könnte.

Besonders Bundesrat Cotti ist felsenfest davon überzeugt, die Schweiz könne mit ihrem Föderalismus wesentlich zum Aufbau eines europäischen Bundesstaats beitragen. Das sei Grund genug, um Mitglied der EU zu werden. Gleichzeitig sollten wir uns - wenn die Ausführungen unseres Aussenministers richtig verstanden worden sind - darauf konzentrieren, den anderen direkte Demokratie und Föderalismus beizubringen.

Antwort: Als fanatischer Beitrittsbefürworter zur EU gibt sich Bundesrat Cotti gerne als Visionär, wobei es sich aber sehr oft leider realpolitisch gesehen um Illusionen handelt. Dabei ist diese Vision der Schweiz als Lehrmeister oder wenigstens als ein nachahmenswertes Beispiel zweifellos berechtigt und verdient es Bestandteil der langfristigen Zielsetzungen unserer Aussenpolitik zu werden. Erst kürzlich hat ja eine weltweite Rundfrage des Economist ergeben, dass die Schweiz in bezug auf eine Reihe wichtiger Voraussetzungen, wie wirtschaftliche Lage, soziale Verhältnisse, Sicherheit von Gut und Leben, kulturelle Ausstrahlung, Verteidigung nach aussen im Verhältnis zu seiner Grösse an erster Stelle ist. Ihr Beispiel sei deshalb durchaus nachahmenswert. Es gibt natürlich eine Reihe von Argumenten gegen diese These.

Erstens: Die Frage ist zunächst einmal, wie soll die Schweiz zum Aufbau eines demokratisch föderalistisch konstruierten Europas beitragen können, wenn sie mit dem **Beitritt** zur supranationalen, zentralistischen EU beides, direkte **Demokratie und Föderalismus**, aufgeben muss? Dazu käme noch die Nivellierung unserer Verhältnisse mit denjenigen in den anderen EU-Staaten. Viele der vom Economist erwähnten Vorteile würden so verloren gehen. Auf jeden Fall könnten wir dann nicht mehr ein für die anderen nachahmenswertes Beispiel bieten. Aus der Vision würde eine Illusion!

Zweitens: Der bekannte schweizerische Verfassungslehrer Bluntschli hat wiederholt dargelegt, dass eine direkte Demokratie nur in kleinen übersichtlichen Staatswesen möglich ist und dass echter Föderalismus nur bei eigenständig von unten gewachsenen, und nicht von oben, gewissermassen hierarchisch bzw. supranational zusammengefassten Mitgliedstaaten funktionieren kann. Beide Voraussetzungen sind bei der EU nicht gegeben - weder von der Grösse mit über 350 Mio Menschen, noch von dem durch das vollständig ungenügende Subsidiaritätsprinzips getarnten Supranationalismus, der den Hegemoniebestrebungen bzw. einem gewissen machtpolitischen Gleichgewicht der Grossen in Europa viel besser entspricht.

Drittens: Anstatt uns der Illusion hinzugeben, wir könnten überhaupt irgendetwas Entscheidendes für Europa als **Mitglied** der EU, also gewissermassen **von innen her** ausrichten, sollten wir uns an den Ratschlag unseres neuen Bundespräsidenten halten. Zunächst Ordnung in unserem eigenen Staatswesen schaffen, insbesondere unsere von allzu viel zentralistischen Gesetzen und Reglementen, der Verwischung der Grenzen zwischen Volk als oberster Souverän, die vom Parlament und der Regierung überwucherte direkte Demokratie säubern. Gleichzeitig das Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen, Sprachen und Konfessionen zu erneuern. Dazu braucht es das Bewusstsein, dass letztlich unser staatliches System nicht so schlecht ist, wir deshalb bei einer Integration mit anderen Staaten nur verlieren würden und so auch nicht mehr anderen Ländern als Beispiel bzw. als Lehrmeister für etwas mehr echte Demokratie dienen könnten.

© Frédéric Walthard